

# Voelke-Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

werd. 8. 7. 1919. 34 mm x 46 mm. Kolonialgebiet oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unferen Annoncenstellen a. allen Anzeigenstellen angenommen. Kleinanzeigen 22 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigenannahmefrist vom 1. 11. 1918 bis die Sonntagsdr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit möglich, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint 10 mal, Sonntags 1 mal. Geschäftsstelle: Halle, Reumarktstr. 11. Dr. Braunhauser, 17. Lieben-Geschäftsstelle: Markt 24 und Große Ulrichstr. 32.

Bezugspreis

ist halbe monatlich bei zweimaliger Anstellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.50 Mark. Durch die Post 4.50 Mark auswärts. Zustellungsgebiete, Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungserzeichnis unter Voelke-Zeitungsträger. Für unregelmäßig eingegangene Nummern wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe 'Voelke-Zeitung' gestattet. Fernruf der Geschäftsleitung Nr. 1149, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1152, der Bezugs-Abteilung Nr. 1153, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4409.

Nr. 75.

Halle, Freitag, den 14. Februar.

1919.

## Das Programm der Regierung.

Für sofortigen Friedensschluß, Herausgabe unserer Gefangenen, Wiederherstellung des deutschen Kolonialgebietes. Die Demokratisierung der inneren Verwaltung Deutschlands. — Die ersten Redner der politischen Parteien.

1. Sitzung Donnerstag, 13. Februar 1919, nachmittags 3 Uhr. An den Tischen für die Reichsregierung: Scheidemann, Graf Brockdorff-Rausa, Roste, Dr. David, Lindenberg, Schiffer, Bauer, Dr. Preuß, Gothein, Dr. Bell, Wiffel, Giesbert.

Abgeordneter Haugmann eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten mit der Verkündung des folgenden, ihn heute vom Präsidenten Dr. David zugegangenen Schreibens:

Infolge meiner Berufung in die Reichsregierung sehe ich mich genötigt, das Amt als Präsident der Nationalversammlung niederzulegen. Ich bitte Sie, die Leitung der Geschäfte bis zur Neuwahl eines Nachfolgers zu übernehmen.

An das Präsidium ist ferner ein Schreiben des Reichspräsidenten Ebert eingegangen, welches von der durch ihn erfolgten Berufung des Reichsministeriums gemäß § 8 des Gesetzes betreffend die vorläufige Reichsverwaltung Mitteilung macht.

Der Reichspräsident Ebert hat sein Abgeordnetenmandat niedergelegt.

Eine Adresse des Deutsch-Oesterreichischen Volksbundes in Ploauen, die für den zeitlichen Anschluß Deutsch-Oesterreichs an die großdeutsche Republik eintritt, gelangt zur Verlesung. Der vereinigende Volksrat des Westfälischen Volkes richtet an Wessersch an die Nationalversammlung die Bitte um einen erhellenden Grenzschutz und energische Abwehr gegen die Polen.

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung:

Präsident des Reichsministeriums Scheidemann: Meine Damen und Herren! Der Herr Reichspräsident hat mich beauftragt mit der Bildung des neuen Ministeriums. Aus den Mitteilungen, die uns der Herr Präsident schon gemacht hat, haben Sie ersehen, daß sich das neue Ministerium unter meinem Präsidium bereits konstituiert hat. Ich kann darauf verzichten, die Namen nochmals zu verlesen. Wir haben Sie bereits gehört und ich will nur noch hinzufügen, daß diesem Kabinett auch der preussische Kriegsminister angehört. Das

Programm des Ministeriums, umfassend die Aufgaben der nächsten Zukunft, erlaube ich mir hier mitzuteilen:

### A. Weltprogramm.

Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung ist der alleinige Träger der Reichsgewalt. Festigung der Einheit des Reiches durch eine starke Zentralgewalt. Einheitsliche Führung der Außenpolitik einschließlich der auswärtigen Wirtschaftspolitik.

### I. Außenpolitik.

#### 1. Herbeiführung

sofortigen Friedensschlusses, Festhalten an den Grundlinien des Präsidenten der Vereinigten Staaten unter Ablehnung jeden Gewaltfriedens.

#### 2. Wiederherstellung eines

deutschen Kolonialgebietes. 3. Sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgesfangenen u. (Braun)

4. Gleichberechtigte Parteilichung am Völkerbund. Wirtschaftliche und geographische Verknüpfung. Obligatorische Schiedsgerichte zur Vermeidung der Kriege. Abschaffung der Geheimdiplomatie.

### II. Innenpolitik.

1. Demokratische Verfassung. Beteiligung aller Bevölkerungsklassen bei der Befolgung von Beamtenstellen.

2. Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienste entsprechend den auf allen Gebieten erweiterten Frauenaufgaben.

3. Förderung der allgemeinen Volksbildung durch Beschleunigung der Schulwesen und unter anderem durch den Wegfall der Schulgebühren.

4. Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienste entsprechend den auf allen Gebieten erweiterten Frauenaufgaben.

Begabung zu ermöglichen. (Braun) 5. Ermächtigung der Regierung.

6. Schaffung eines auf demokratischen Grundlagen aufgebauten Völkerbundes zum Schutze des Vaterlandes unter weitestgehender Herabsetzung der Dienstdienst. Jeder Truppenteil wählt einen Vertrauensauswähler zur Mitwirkung bei Verpflegung (Kantine), Urlaub und Unterbringung, sowie bei Beschwerden. Entlassung der in den Kavernen befindlichen Soldaten, auch des Jahrganges 1899. Auflösung der militärischen Behörden, die nur für den Krieg geschaffen sind, und der heute als überflüssig zu erachtenden Friedensbehörden. Fürsorge für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere.

7. Für die Übergangszeit Bekämpfung der bisher von den Soldaten gewählten Führer, soweit sich dieselben bewährt haben.

8. Ausreichende Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsgeldbesitzenden.

9. Einheitsliche Grundlage für die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens, Förderung und Ausgestaltung des Wirtschaftslebens unter völliger Wahrung des Reichsinteresses. Das Reich hat in enger Fühlung mit den beteiligten Kreisen regelnd und ausgleichend einzugreifen, damit das deutsche Wirtschaftsleben sich zum Wohle des ganzen Volkes entwickeln könne.

10. Förderung der durch die Kriegsjahre schwer bedrückten mittleren und kleineren Gewerbebetriebe. (Braun)

11. Rationierung und Höchstpreise werden für die notwendigen Lebensmittel, und zwar für diejenigen, an denen ein Mangel leiden, vorerst aufrechterhalten. Die Freigabe der Verteilung der Lebensmittel und der Entfaltung des freien Handels erfolgt, sobald die Versorgung des Marktes so sichergestellt ist, daß Angebot und Nachfrage ihren Ausgleich finden können. Die Einfuhr wird nur insofern beschränkt, als das mit Rücksicht auf unsere Finanzverhältnisse notwendig ist. Solange die Einfuhr der rationierten Lebensmittel vom Reich staatlich geleitet wird, sind die Betreiber des Handels und der Verbraucher hierzu verpflichtet.

12. Wirtschaftsweise, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsstande einen dezentral-monopolistischen Charakter angenommen haben, sind der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen, soweit sie sich zur einseitigen Regelung durch die Gesamtheit eignen, insbesondere Bergwerke und Erzeugung von Energie und soweit sie zur einseitigen Regelung durch die Gesamtheit (Sozialisierung) reif geworden sind, sind sie in öffentliche oder gemeinschaftliche Verwaltung oder unter Aufsicht des Reichs, Staats, Gemeindeverbände oder Gemeinden zu übernehmen.

13. Die Kooperationsfreiheit ist für jedermann in der Verfassung festzulegen. Die Wohn- und Arbeitsbedingungen sind zwischen den Organisationen der beteiligten Untertanen, Arbeiter und Angehörigen zu vereinbaren. Ihre Durchsetzung ist durch Heranziehung der beteiligten Arbeiter und Angehörigen zu übernehmen. Das gesamte Arbeitsrecht ist der neuen Verfassung anzupassen.

14. Auf sozialpolitischem Gebiete sind in Angriff zu nehmen die planmäßige Verbesserung der Volksgesundheit, die Wohnungsvorsorge, der Ausbau des Mutterhauses, der Säuglings- und Jugendfürsorge. Der Arbeitskreis ist auf öffentlich-rechtlicher und partizipativer Grundlage zu regeln und für die Arbeitslosen, denen eine Arbeit nicht beschaft werden kann, ist zu sorgen.

15. Den Beamten sind die staatsbürgerlichen und beruflichen Rechte einschließlich des Kooperationsrechts zu über-

lassen. Ein zeitgemäße Neuordnung der Beförderungs- und Beförderungsmittel ist durchzuführen. Schaffung eines freibehaltenden Beamten- und Disziplinarrechts.

16. Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Kleinbäuerlichen, bäuerlichen und allen sonstigen volkswirtschaftlich wertvollen Betriebsformen, insbesondere durch Pflege des Genossenschaftswesens. Schaffung von Neuland für Siedlungszwecke durch Bodenverbesserung und Heranziehung des Großgrundbesitzes nach vorwiegend wirtschaftlichen Gesichtspunkten, erforderlichenfalls durch Anwendung des Vorstrafgesetzes oder durch Enteignung.

17. Erhaltung der Arbeitslosenversicherung und wiederholte Erzeugung einer Wirtschaftsmittelherausziehung der Vermögenden unter Freilassung der Kleinsten zur Vermeidung der Schuldenlast des Reiches. Die Einkommenssteuererhöhung ist zunächst auf einheitliche Grundlagen zu stellen und nach sozialen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten auszugestalten. Die Erbschaftsteuererhöhung ist in der Richtung der stärksten Besteuerung des Großbesitzes unter Berücksichtigung des Vermögens derselben auszubauen.

18. Sicherstellung der persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen. Gleichberechtigung und Freiheit der Religionsausübung. Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift. Freiheit der Presse, Wissenschaft und Kunst, der Versammlung und Vereinigung.

19. Mein erstes Wort soll ein Bekenntnis sein zu dem Gedanken der Völkervereinigung, den viele Völkergruppen, aus der Revolution geboren, in der Welt, das zeitliche Ziel der Revolution vor sich haben, es zu bewahren, es zum dauernden Besitz des Volkes zu machen. Bei dem Zusammenritt dieser Völkergruppen gäbe es auf deutschem Boden keine rechtmäßige Gewalt, die nicht, von ihr vertrieben, in ihrem Vaterland ausgetrieben wäre. Die vorläufige Regierung habe schon in ihrer ersten programmatischen Erklärung vom 9. November die Wahl anerkannt und gegen alle Widerstände durchgeführt.

20. Zeit wäre die Zeit der Gewaltverhältnisse ein für allemal vorüber, und keine Macht der Welt werde jemals ungezügelt wagen dürfen, die gleiche politische Macht aller Völkergemeinschaften anzunehmen. Als größte Ertragsleistung des neuen Rechtszustandes begrüßt Scheidemann die Gleichstellung der Frauen. Lebend und auf Frieden und Wiederkehr nennt er es das Schlimmste in der Zeit eines so hohen Rechtszustandes, daß es vor den Urteilen der Welt, die unsen schickten müße, an ein Vergehen werden nicht glauben dürfte, wenn es die Welt nicht herbeiführen würde. Der 9. November erhöhte die naive Wahrheit. Das unser Volk in diesemurchbaren Augenblick noch die Kraft besäße, die alten Sitten zu gerammeln und die neue Gesellschaft auszubauen, darin erblickt der Ministerpräsident die größte Gefahr für die Zukunft. Er schließt dann die Übernahme der Regierung, das Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen, das mit keiner partiellistischen Befolgung der Regierungspolitik von vornherein mit einer Gräueltat vor dem

Geißel der Demokratie. Seiden gewesen sei. Er geht auf die verurteilte Gewaltverhältnisse über, welche die Freiheit über, auf den Weg führen, den daran anschließenden Austritt der Unabhängigen. Diese haben die Nationalversammlung nicht als Ziel und Ziel der Revolution bestimmt, während sie doch nichts anderes sein kann, als die Verammlung, welche die Magna Charta der Revolution beschließen müße. Der

Auswahl der Wähler hat die Bildung einer Koalitionsregierung notwendig gemacht. Der eine freie Vertriebenensatzung zu geben war. Die in aufgebauete neue Regierung habe nun die schwere Aufgabe, den Frieden zu schließen. Eine mit neuen Kriegsvorfällen auszufüllte Gemattungspanne eines ewigen Kriegszustandes der Wähler, sondern einen Frieden auf dem Boden einer Selbstverpflichtung. Scheidemann verlangt

Festhalten am Programm des Präsidenten Wilson, nach dem Deutschland das Vaterland aller sein sollte, die Deutsche und als Deutsche frei sein wollen. Ein untergetretenes Deutschland wäre für alle Völker der Welt ein Schandmal, und die militärische Größe Deutschlands unter Abwärtsehen eine Bedrohung der Welt gemein sein. In kein es Zeit die Abdrücken des Auslandes. Wer die alte Welt in unveränderter Form wieder aufrichten wollte, sei der gefährlichste Gegner der Revolution. Die vorläufige Verfassung durchzuführen, hebt Scheidemann die demokratische Ordnung des Herrschaftens hervor, das jedem einzelnen Angehörigen der Bevölkerung die gleiche Freiheit wolle, das Recht als Gesetz der das Teilen eines eigenen Politik bewerte, sei es eine sozialistische der eine sozialistische. Für das Zusammenarbeiten zwischen Reich und

Einzelstaat besetzt sich der Ministerpräsident zu dem Grundgedanken: Einheit in Freiheit. Scheidemann erinnert noch einmal an die Ergebnisse der Wahlen vom 19. Januar, die seiner Geschichtsauffassung, den Lebensansichten, geben habe, und verweist Einzelnen der wichtigsten Mitglieder des Kabinetts von Fall zu Fall ihre Überzeugung, aber darüber eine mit dem Schicksal der Demokratie unveränderbare Pflicht zu empfangen. Der Spruch des Volkes habe die Regierungsparteien zur Gemeinsamkeit der Freiheit angefordert. Nun gelte es, an diese Freiheit zu gehen. Wenn frei für das Denkende, ungezügelt werde, dann werden wir es schaffen! Der Herrschenden Befehl, die Freiheit Scheidemann einen vollen Gehorsam an alle Deutschen, die ihn ein Gefühl der Menschlichkeit besetzt haben, um in der Heranziehung auf sofortige Befolgung



Scheidemann  
Deutscher Ministerpräsident





